

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 12.12.2017, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Beate Bötte
Ursula Brand
Dietmar Busch
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff bis 19:40 Uhr / TOP 17.20
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Malik Nasir Mahmood
Dr. Axel Michalides bis 21:00 Uhr / TOP 19
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Dr. Jörg Rieger
Rainer Röhlig
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

von der Verwaltung

Frank Nipken
Ulrich Dippel

Jürgen Funke
 Volker Grossmann
 Sandra Hilverkus
 Burkhard Klein
 Jochen Knorz
 Volker Uellenberg

Schriftführerin

Katja Oelschläger

es fehlt:

Ratsmitglied

Detlef Förster

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 23. Sitzung des Rates der Stadt am 17.10.2017 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Angebot einer Mängelmelder-App und in Ergänzung hierzu ein Bürgerbriefkasten (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2017) AN/0185/2017
5. Ergänzung des Ratsinformationssystems um den Baustein "Beschlusskontrolle" (Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2017) AN/0186/2017
6. Sanierung Einleitungsstelle Festplatz (Nr. 270) BV/0457/2017/1
7. Veränderung einer mittelbaren Beteiligung, hier: Stadtwerke Radevormwald GmbH - Quantum GmbH BV/0499/2017
8. Beitritt zur neuen Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ BV/0514/2017
9. Das Integrierte Handlungskonzept Innenstadt II
- 9.1. Beschluss des InHKs Innenstadt II BV/0502/2017/1
- 9.2. Beschluss der Festlegung des Stadtumbaugebietes Radevormwald Innenstadt II gem. § 17 b BauGB BV/0503/2017
10. Das Integrierte Handlungskonzept Wupperorte hier: Beschluss der Festlegung des Gebietes der sozialen Stadt Radevormwald, Wupperorte gem. § 171 e BauGB BV/0505/2017

- | | | |
|--------|---|------------------|
| 11. | Das Integrierte Handlungskonzept Innenstadt I hier: 1. Änderung der Richtlinien der Stadt Radevormwald zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Innenstadt" | BV/0507/2017 |
| 12. | Beantragung Förderung Studie Gebiete Karthausen / westliches Stadtgebiet im Rahmen Fördermaßnahme KFW 432 | BV/0516/2017 |
| 13. | Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage Wasserturmstraße/ Oderstraße/ Vorm Holte | BV/0517/2017 |
| 14. | Notwendige Sanierung der Fenster und Außentüren des Kindergartengebäudes Stauffenbergstraße (Kita Himmelswiese) | BV/0524/2017 |
| 15. | Änderung der Satzung der Kindertagespflege | BV/0511/2017 |
| 16. | Erlass einer Hebesatz - Satzung für das Jahr 2018 | BV/0445/2017 |
| 17. | Haushalt 2018 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 | BV/0510/2017 |
| 17.1. | Sanierung/Neubau von Gemeindestraßen (Antrag/Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2017) | AN/0188/2017 |
| 17.2. | Haushaltsbegleitantrag bzgl. Instandsetzung Gemeindestraßen (Antrag der AL-Fraktion vom 28.11.2017) | AN/0190/2017 |
| 17.3. | Haushaltsbegleitantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-Einstellung Anschaffungskoten für Defibrillatoren (AED) | AN/0184/2017 |
| 17.4. | Haushaltsbegleitantrag bzgl. Abdichtung der Laubengänge des THG (Antrag der AL-Fraktion vom 28.11.2017) | AN/0189/2017 |
| 17.5. | Haushaltsbegleitantrag "Gute Schule 2020" (Antrag der AL-Fraktion vom 30.11.2017) | AN/0196/2017 |
| 17.6. | Haushaltsbegleitantrag Schülerbeförderung (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0198/2017 |
| 17.7. | Kündigung des bestehenden Vertrages zur Schülerbeförderung - Antrag der AL-Fraktion vom 02.12.2017 | IV/0459/2017/1 |
| 17.8. | Konzepte zur zukünftigen Gestaltung der Schülerbeförderung - Antrag der AL-Fraktion vom 02.12.2017 | IV/0459/2017/2/1 |
| 17.9. | Haushalt 2018 und Haushaltssicherungskonzept | BV/0513/2017/1 |
| 17.10. | Haushaltsbegleitantrag Laubengänge/Toiletten GGS Bergerhof (Antrag der UWG-Fraktion vom 12.12.2017) | |
| 17.11. | Haushaltsbegleitantrag WLAN in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden (Antrag der UWG-Fraktion vom 12.12.2017) | |

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 17.12. | Veränderungen zur Vorlage Haushalt 2018 einschl. Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 (BV/0510/2017) | |
| 17.13. | Haushaltsbegleitantrag Psychologische Beratung (Antrag der AL-Fraktion vom 02.12.2017) | AN/0205/2017 |
| 17.14. | Haushaltsbegleitantrag Mittelabfluss (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0204/2017 |
| 17.15. | Haushaltsbegleitantrag Erläuterungen zu Abweichungen im Haushalt (Antrag der AL-Fraktion vom 30.11.2017) | AN/0195/2017 |
| 17.16. | Haushaltsbegleitantrag Personalentwicklung (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0203/2017 |
| 17.17. | Klimaschutz hier: Aktualisierung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für Radevormwald | BV/0522/2017 |
| 17.18. | Haushaltsbegleitantrag Bürgerhaus (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0199/2017 |
| 17.19. | Haushaltsbegleitantrag Mehrgenerationen-Wohnen (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0200/2017 |
| 17.20. | Haushaltsbegleitantrag Sozialer Wohnungsbau (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0201/2017 |
| 17.21. | Haushaltsbegleitantrag Begegnungshaus (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) | AN/0202/2017 |
| 18. | Verbesserung des Breitbandausbaus | BV/0497/2017 |
| 19. | Aktuelle Situation hinsichtlich Asylsuchender/von Flüchtlingen/unbegleiteten Minderjährigen (Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2017) | AN/0187/2017 |
| 20. | Sachstandsbericht Asyl | |
| 21. | Prüfung des Jahresabschlusses 2016 | BV/0493/2017/1 |
| 22. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0467/2017 |
| 23. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW | BV/0381/2016/7 |
| 24. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | |
| 25. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Bei Abfrage der Befangenheit erklärt sich Herr Stark zu TOP 8 und Herr Krapp zu TOP 9 befangen.

Zur Tagesordnung erläutert der Bürgermeister, dass aufgrund der zahlreichen Anträge die Tagesordnung nochmals erweitert wurde, die aktuelle Fassung liegt aus.

Auf Anregung Herrn Starks werden im Rahmen der Haushaltsberatung zunächst alle Anträge beraten, dann werden die Haushaltsreden vorgetragen und abschließend über den Haushalt abgestimmt.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag zum aktuellen TOP 17.21 „Begegnungshaus an der Wupper“ zurück.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 23. Sitzung des Rates der Stadt am 17.10.2017 (öffentlicher Teil)

Herr Lorenz bittet um Berichtigung des Abstimmungsergebnisses zu TOP 7, da die RUA dem Beschluss zur Umsetzung des InHK Innenstadt II zugestimmt hat.

„Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (10 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, RUA, Bürgermeister)
6 Nein-Stimmen (2 AL, 2 proDeutschland, 2 fraktionslos)

Herr Krapp stimmt wegen Befangenheit nicht mit ab.“

Weitere Einwendungen werden nicht erhoben.

2. Informationen des Bürgermeisters

Es gibt keine Informationen des Bürgermeisters.

3. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

4. Angebot einer Mängelmelder-App und in Ergänzung hierzu ein Bürgerbriefkasten (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2017)

Frau Pech-Büttner erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Sie möchte den Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Weg zur Verwaltung ebnen und verweist auf das Beispiel der Stadt Wipperfürth.

Neben einer Mängelmelder-App plädiert sie auch für einen Bürgerbriefkasten auf der Homepage.

Herr Jung sieht hierzu keine Ablehnungsmöglichkeit, entgegnet jedoch, dass über die reine Mängelmeldung hinaus eine Kommunikationsplattform geschaffen werden sollte, wie die CDU-Fraktion bereits 2016 beantragt hatte. Der Beschluss über eine Stadt-App als öffentlicher Marktplatz wurde leider nicht umgesetzt. Hier müsste konzeptionell gearbeitet werden.

Dr. Michalides möchte lediglich einen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilen, um evt. später nach Vorlage der Fakten die Anschaffung zu beschließen.

Frau Pizzato sieht im Zusammenhang mit der beabsichtigten Umstrukturierung der IT die Möglichkeit, im nächsten Jahr bessere Lösungen im Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Herr Lorenz schließt sich Dr. Michalides' Ausführungen an und begrüßt darüberhinaus das weitergehende Konzept der CDU-Fraktion.

Auch Herr Ebbinghaus begrüßt die Öffnung der Verwaltung, jedoch möchte auch er heute lediglich einen Grundsatzbeschluss fassen und die technischen Möglichkeiten zunächst prüfen lassen.

Herr Stark spricht sich für eine Einbindung in die neue IT-Architektur aus und hält die Umsetzung eher für ein operatives Geschäft der Verwaltung, für das kein politischer Beschluss erforderlich ist.

Herr Hoffmann gibt zu bedenken, dass evt. Meldungen auch bearbeitet werden müssen. Im Rahmen der Prüfung der Möglichkeiten bittet er auch um Darstellung der entsprechenden Prozesse in der Verwaltung.

Bürgermeister Mans begrüßt die Entwicklung von E-Government und Qualitätsmanagement; hier steht jedoch noch Aufbauarbeit an.

Herr Ullmann hält den Prüfauftrag an die Verwaltung für sinnvoll.

Herr Bornewasser ergänzt zum Antrag seiner Fraktion, dass ja die WFG bereits eine ähnliche App geprüft und gutgeheißen hatte, so dass eine erneute Prüfung unnötig erscheint. Mit Blick auf das Gesamtkonzept IT befürchtet er, dass hier keine kurzfristige Umsetzung möglich sein wird, da die Komplexität der Aufgabe über einen längeren Zeitraum Ressourcen binden wird. Er verweist nochmals auf die Beispiele in den Städten Wermelskirchen und Wipperfürth und bittet um direkte Umsetzung ohne erneute Prüfung.

Nachdem Herr Ebbinghaus vorschlägt, lediglich Ziffer 1 des Antrages zu beschließen, beantragt Herr Ullmann getrennte Abstimmung über Ziffer 1 und Ziffer 2.

Frau Pizzato schlägt vor, die Abstimmung zu verschieben und zunächst die alte Beschlussfassung aus dem Jahr 2016 zu kontrollieren.

Sodann wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie eine Beschwerde-App und ein online-Portal nach dem Vorbild eines „Bürgerbriefkastens“ der Gemeinde Kürten realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (14 CDU, 6 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 proDeutschland, 2 RUA, 2 fraktionslos, Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (FDP)
2 Enthaltungen (SPD)

2. Bei einem positiven Prüfergebnis wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung der App und des Online-Portals zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (Grüne)
34 Nein-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 RUA, 2 fraktionslos, Bürgermeister)
3 Enthaltungen (1 CDU, proDeutschland)

5. Ergänzung des Ratsinformationssystems um den Baustein "Beschlusskontrolle" (Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2017) AN/0186/2017

Herr Busch erläutert den Antrag. Bei jeder Ratssitzung soll ein reiner Soll-Ist-Vergleich stattfinden. Er verweist auf das frühere Verfahren im Bauausschuss, das eine laufende Kontrolle ermöglichte.

Der Bürgermeister erklärt auf Nachfrage von Dr. Michalides, dass die Kosten für das zusätzliche Modul in Session heute nicht bekannt sind.

Herr Hoffmann signalisiert grundsätzliche Zustimmung. Er betont allerdings, dass es weitere Bausteine gibt, die sinnvoll wären, wie eine bessere Druckaufbereitung und eine Suchfunktion. Möglicherweise wäre auch ein Wechsel des Anbieters angeraten.

Herr Stark gibt zu bedenken, dass im Zuge der IT-Neustrukturierung auch hier ein völlig neues System denkbar wäre, so dass ein Zukauf einer weiteren Funktion evtl. überflüssig wäre.

Der Bürgermeister führt aus, dass zunächst der Status Quo sauber ermittelt und die vorhandenen Möglichkeiten sondiert werden sollen. Bei der Civitec ist die Stadt quasi Teilhaber, bei dem große Erfahrungen im Bereich von Verwaltungen vorliegen; ein Wechsel des IT-Anbieters sollte nicht ohne Not stattfinden. Eine Beschlusskontrolle ist entscheidendes Instrumentarium, um Prozesse verfolgen zu können.

Herr Bornewasser drückt Unterstützung des Antrags aus, möchte aber prüfen, ob sie in das Gesamtkonzept der IT-Struktur hineinpasst.

Herr Ullmann hält die Beschlusskontrolle ebenfalls für einen essentiellen Bestandteil, sieht eine Beschlussfassung ohne Kenntnis über die Kosten aber für problematisch.

Herr Busch formuliert auf Vorschlag von Herrn Lorenz den Antrag um:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie der Baustein „Beschlusskontrolle“ im Ratsinformationssystem ergänzt werden kann.
Im Rahmen der Umstrukturierung der IT ist dieser Punkt in jedem Falle zu integrieren, um sowohl Rat als auch Verwaltung bessere Kontrolle zu ermöglichen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Baustein „Beschlusskontrolle“ verursacht keine weiteren Kosten und wird nach Schulung der Mitarbeiter/innen zukünftig eingesetzt.

6. Sanierung Einleitungsstelle Festplatz (Nr. 270)

BV/0457/2017/1

Herr Ebbinghaus erkundigt sich, ob im Zusammenhang mit den Ausspülungen aus der alten Müllkippe, auf der der Platz liegt, die Statik des Platzes überprüft wurde und wird.

Herr Dippel führt aus, dass im Bereich der Kanalschächte keine Probleme bestehen; durch die Abdichtung werden weitere Ausspülungen verhindert.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Sanierungsarbeiten auf der Grundlage der aktuellen Kostenberechnung für die Einleitungsstelle Festplatz gemäß der städtischen Vergabeordnung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Veränderung einer mittelbaren Beteiligung, hier: Stadtwerke Radevormwald GmbH - Quantum GmbH

BV/0499/2017

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt stimmt der Kapitalerhöhung bei der mittelbaren Beteiligung Quantum GmbH von aktuell 825.000,00 € um 210.250,00 € auf 1.035.250,00 € und der Übernahme des Erhöhungsbetrags von 210.250,00 € allein durch die SWK Energie GmbH und zugleich dem Verzicht der Stadtwerke Radevormwald GmbH an der Teilnahme an der Kapitalerhöhung zu.
2. Der Rat ermächtigt den Bürgermeister als Vertreter der Stadt Radevormwald in der Gesellschafterversammlung und beauftragt die Geschäftsführungen der Stadtwerke Radevormwald GmbH und ggf. der Bäder Radevormwald GmbH als Gesellschafterin der Stadtwerke Radevormwald GmbH, alle erforderlichen sowie zweckdienlichen Maßnahmen für die Umsetzung des nachfolgend skizzierten Modells vorzunehmen, insbesondere den Verzicht an der Teilnahme an der Kapitalerhöhung zu erklären und der damit einhergehenden Verringerung der Beteiligung der Stadtwerke Radevormwald GmbH an der Quantum GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Beitritt zur neuen Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“

BV/0514/2017

Der Bürgermeister zitiert § 6 des Errichtungsgesetz und betont nochmals die Vorteile des Beitritts.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass die Stadt Radevormwald der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ beitrifft und ein Stammkapital in Höhe von 1.000,00 Euro zeichnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Stark stimmt wegen Befangenheit nicht mit ab.

9. Das Integrierte Handlungskonzept Innenstadt II

9.1. Beschluss des InHKs Innenstadt II**BV/0502/2017/1**

Nach kurzer Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des (erweiterten) Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt II (Nordstraße) und beauftragt die Verwaltung, fristgerecht den entsprechenden Förderantrag einzureichen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (2 AL, 2 fraktionslos)

Herr Krapp stimmt wegen Befangenheit nicht mit ab.

9.2. Beschluss der Festlegung des Stadtumbaugebietes Radevormwald Innenstadt II gem. § 17 b BauGB

BV/0503/2017**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 171 b BauGB den in Anlage 1 dargestellten Bereich „Radevormwald Innenstadt II“ als Stadtumbaugebiet festzulegen.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Dr. Michalides)
1 Enthaltung (Ullmann)

Herr Krapp stimmt wegen Befangenheit nicht mit ab.

10. Das Integrierte Handlungskonzept Wupperorte hier: Beschluss der Festlegung des Gebietes der sozialen Stadt Radevormwald, Wupperorte gem. § 171 e BauGB

BV/0505/2017**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 171 e BauGB den in Anlage 1 dargestellten Bereich „Radevormwald Wupperorte“ als Gebiet der sozialen Stadt festzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11. Das Integrierte Handlungskonzept Innenstadt I hier: 1. Änderung der Richtlinien der Stadt Radevormwald zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Innenstadt" BV/0507/2017**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderung der Richtlinien der Stadt Radevormwald zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet „Innenstadt“ in der Fassung des in der Anlage 1 beigefügten Entwurfs.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Ullmann, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Dr. Michalides)

- 12. Beantragung Förderung Studie Gebiete Karthausen / westliches Stadtgebiet im Rahmen Fördermaßnahme KFW 432 BV/0516/2017**
-

Auf Nachfrage Frau Pech-Büttners beschreibt Herr Klein das angedachte Gebiet für die Studie. Ein Plan soll dem Protokoll beigefügt werden.

Herr Ebbinghaus befürchtet rechtliche Probleme bei Durchleitung der Finanzmittel. Diesen begegnet Herr Nipken mit einem Verweis auf das Merkblatt „Energetische Stadtsanierung - Zuschüsse für integrierte Quartierskonzepte und Sanierungsmanager“ (KFW Zuschuss 432), wonach Antragsteller berechtigt sind, Zuschüsse für die Erstellung integrierter Quartierskonzepte und die Übernahme von Kosten für Sanierungsmanager an privatwirtschaftlich organisierte oder gemeinnützige Akteure weiterzuleiten.

Auch Frau Pech-Büttners Befürchtung, dass durch die Bindung städtischen Personals bei der Antragstellung Kosten für die Stadt entstehen, entkräftet Herr Nipken mit der Aussage, dass der Antrag komplett durch die Stadtwerke erstellt wird und lediglich die finale Unterschrift durch die Stadtverwaltung erfolgen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, Fördermittel für eine Studie zur Quartiersentwicklung der Gebiete Karthausen / westliches Stadtgebiet im Rahmen der Fördermaßnahme KFW 432 zu beantragen, an die Stadtwerke Radevormwald GmbH durchzuleiten und sie mit der kompletten Weiterverfolgung bzw. Durchführung der Studie zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Ullmann, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Dr. Michalides)

13. Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage Wasserturmstraße/ Oderstraße/ Vorm Holte BV/0517/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Abweichungssatzung zur Festsetzung der Mischfläche als Merkmal der endgültigen Herstellung für die Erschließungsanlage Wasserturmstraße/ Oderstraße/ Vorm Holte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Notwendige Sanierung der Fenster und Außentüren des Kindergartengebäudes Stauffenbergstraße (Kita Himmelswiese) BV/0524/2017

Herr Ebbinghaus bittet um Stellungnahme der Verwaltung zur Frage des Gebäudeeigentums, eines möglichen Eigenanteils und zu Auswirkungen der Übernahme dieses Eigenanteils durch die Stadt auf die sonstige Bezuschussung.

Hierzu führt Herr Funke aus, dass die Stadt Eigentümerin des Gebäudes ist, welches in den 1970er Jahren per Vertrag dem Kindergartenträger überlassen wurde. Die Verpflichtung zur Gebäudestrukturhaltung liegt bei der Stadt. Nach Abzug des im Bundesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zur Verfügung stehenden Betrages verbleibt nach derzeitiger Kostenschätzung ein Eigenanteil von rund 85.000 Euro. Der entsprechende Antrag muss kurzfristig gestellt werden.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus führt Herr Nipken aus, dass dieser Betrag aus bisher aus unterschiedlichen Gründen nicht verbrauchten Sanierungsmitteln 2017 in Form einer Rückstellung finanziert werden kann.

Auf die Kritik von Frau Ebbinghaus und Herrn Müller hin, dass für diese Sanierungsmaßnahme keine Vorberatungen in den zuständigen Gremien erfolgt sind, erklärt der Bürgermeister, dass die Verwaltung sich dies kritisch anlasten muss.

Auch Herr Hoffmann kritisiert, dass die Mängel nicht zeitnah kommuniziert wurden, möchte aber jedenfalls den Beschluss zur Sanierung fassen, um die Fördermittel abschöpfen zu können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass die notwendige Sanierung der Fenster und Außentüren des Kindergartens „Himmelswiese“ in der Stauffenbergstraße unter der Voraussetzung einer Förderung entsprechend des neuen Bundesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020 im Jahr 2018 durchgeführt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Änderung der Satzung der Kindertagespflege BV/0511/2017

Dr. Michalides erläutert, dass er dem Beschluss nicht zustimmt, weil auch in der geänderten Satzung zur Kindertagespflege der Mindestlohn nicht berücksichtigt ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die vom Jugendhilfeausschuss empfohlene Änderung der Satzung zur Kindertagespflege (Streichung von § 3 Abs. 3 Satz 4).

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Dr. Michalides)
1 Enthaltung (Ullmann)

16. Erlass einer Hebesatz - Satzung für das Jahr 2018 BV/0445/2017

Herr Schäfer bedauert, dass die durch Rückzahlungen des Kreises und Wegfall des Kommunal-Soli entstehenden finanziellen Erleichterungen nicht an die Bürger/innen weitergegeben werden.

Auch Herr Ullmann ist mit der Verteilung der Erhöhungen der Steuersätze nicht einverstanden.

Dr. Michalides schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die nachfolgende Hebesatz - Satzung für das Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 RUA, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (2 proDeutschland, 2 fraktionslos)

17. Haushalt 2018 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 BV/0510/2017

Dieser TOP wird im Anschluss an die Haushaltsreden (nach TOP 17.21) abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung 2018 und das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2022 in der von der Verwaltung als Tischvorlage vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 1 RUA, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (2 proDeutschland, 2 fraktionslos)
2 Enthaltungen (AL)

17.1. Sanierung/Neubau von Gemeindestraßen (Antrag/Haushaltsbegleit Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2017) AN/0188/2017

Da der Antrag inhaltlich bereits im Haushalt 2018 eingepflegt ist, zieht die CDU-Fraktion ihn zurück.

**17.2. Haushaltsbegleitantrag bzgl. Instandsetzung Gemein- AN/0190/2017
destraßen (Antrag der AL-Fraktion vom 28.11.2017)**

Herr Ebbinghaus führt aus, dass seine Fraktion Sanierungen von Straßen für dringend erforderlich hält, notfalls muss hierfür personelle Kapazität eingekauft werden.

Herr Busch spricht sich ebenfalls für Sanierungen aus, sieht jedoch die Problematik der personellen Engpässe. Der Haushalt sollte nur machbare Maßnahmen enthalten, um Ermächtigungsübertragungen in künftige Jahre in möglichst geringem Umfang zu halten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Haushaltsposition „5000364 Instandsetzung Gemein-
destraßen“ für das Haushaltsjahr 2018 und die Folgejahre auf 150.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen (2 AL, 2 FDP, 2 SPD, 2 RUA, Ullmann)
29 Nein-Stimmen (14 CDU, 4 SPD, 4 UWG, 3 Grüne,
2 proDeutschland, Dr. Michalides, Bürgermeister)
2 Enthaltungen (SPD)

**17.3. Haushaltsbegleitantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen- AN/0184/2017
Einstellung Anschaffungskoten für Defibrillatoren (AED)**

Da die Kosten für die Defibrillatoren im Haushalt 2018 eingestellt sind, zieht die Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Antrag zurück.

Herr Funke erklärt auf Nachfrage von Dr. Rieger, dass Folgekosten je nach Ausschreibung inkludiert sein können. Entsprechend müssen die Ausschreibungsergebnisse abgewartet werden.

Herr Haselhoff empfiehlt, sich in anderen Kommunen zu erkundigen und evtl. eine Sammelbeschaffung zu erzielen; Herr Christoph Schlüter schlägt vor, beim Oberbergischen Rettungsdienst nachzufragen und evtl. hier Synergieeffekte zu erzielen.

**17.4. Haushaltsbegleitantrag bzgl. Abdichtung der Lauben- AN/0189/2017
gänge des THG (Antrag der AL-Fraktion vom 28.11.2017)**

Aufgrund der Beratungen im Schulausschuss zieht die AL-Fraktion den Antrag zurück.

**17.5. Haushaltsbegleitantrag "Gute Schule 2020" (Antrag der AN/0196/2017
AL-Fraktion vom 30.11.2017)**

Herr Ebbinghaus betont, dass das Programm „Gute Schule 2020“ für die Qualitätsentwicklung des Unterrichts, insbesondere im digitalen Bereich, ausgelegt war. Seine Fraktion möchte u.a. die Datennetze in den Schulen entwickeln und ausbauen.

Herr Funke erläutert, dass mit dem heutigen Beschluss über den Haushalt 2018 auch über das Programm „Gute Schule 2020“ beschlossen wird, was für die Beantragung von Fördermitteln erforderlich ist.

Die digitale Anbindung der Schulen ist Teil des beabsichtigten Medienentwicklungsplans (MEP), wofür Medienkonzepte der Schulen erforderlich sind. Aus diesen ergeben sich die Anforderungen.

Herr Hoffmann führt aus, dass aus dem Programm sämtliche Infrastrukturmaßnahmen an Schulen finanziert werden können. Im Schulausschuss wurde abgesprochen, dass Mittel aus dem Programm erst freigegeben werden, wenn die Verwendung klar ist.

Herr Ebbinghaus betont nochmals die Intention des Programms.

Aus seiner Sicht muss der Schulträger das Fundament für digitale Arbeit zur Verfügung stellen; er fordert eine 100 %ige Vernetzung der pädagogischen Räume der Schulen.

Herr Lorenz hält dagegen, dass die Schulleitungen eine hohe Zufriedenheit mit der digitalen Ausstattung signalisiert haben.

Herr Müller erkundigt sich, ob der MEP nicht zwischenzeitlich vorliegt.

Hierzu erläutert Herr Funke, dass im Frühjahr festgestellt wurde, dass in den Schulen nicht genutzte Medien vorhanden sind.

Der Schulträger ist verpflichtet, jährlich einen MEP aufzustellen; Grundlage hierfür sind Medienkonzepte der Schulen. Bisher liegt von den Grundschulen eine gemeinsame Konzeption für eine Mediengrundausrüstung vor. Ein MEP liegt noch nicht vor.

Frau Ebbinghaus betont, dass es nicht um den MEP geht, sondern um grundsätzliche Nutzungsmöglichkeiten in allen pädagogischen Räumen. Hier fehlen ihrer Ansicht nach Voraussetzungen insbesondere in den Grundschulen. Konkret fragt sie nach den veranschlagten Beträgen und der zeitlichen Planung, die derzeit nach Aussage von Herrn Funke noch nicht geliefert werden können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt bittet die Verwaltung, die Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ im Umfang von 80.000 € für den Ausbau der hausinternen Datennetze in den Grundschulen (Ausnahme Gebäude Lindenbaum) und für die Modernisierung der vorhandenen Netze in den Gebäuden der weiterführenden Schulen einzusetzen. Der Ansatz für die Teilfinanzierung der Abdichtung der Laubengänge im THG ist entsprechend zu senken und aus eigenen Mitteln der Stadt zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 AL, Ullmann)
37 Nein-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne,
2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Dr. Michalides,
Bürgermeister)

**17.6. Haushaltsbegleitantrag Schülerbeförderung (Antrag der AN/0198/2017
SPD-Fraktion vom 04.12.2017)**

Die TOP 17.6 bis 17.8 werden zusammengefasst.

17.7. Kündigung des bestehenden Vertrages zur Schülerbeförderung - Antrag der AL-Fraktion vom 02.12.2017 **IV/0459/2017/1**

Die TOP 17.6 bis 17.8 werden zusammengefasst.

17.8. Konzepte zur zukünftigen Gestaltung der Schülerbeförderung - Antrag der AL-Fraktion vom 02.12.2017 **IV/0459/2017/2/1**

Herr Funke stellt einen möglichen Zeitplan zur weiteren Bearbeitung des Themas Schülerbeförderung vor:

Dezember 2017:	Kündigung des Vertrages mit der OVAG
Dez. 17 – Jan. 18:	Erstellen/Prüfen von Konzepten durch ASKS (einschl. Einsatzbusse und ggf. weiterer Vorschläge aus Konzeptgruppe/Politik)
10.01.2018:	Abstimmung des Leistungsverzeichnisses mit Rechnungsprüfungsamt und zentraler Vergabestelle
12.01.2018:	Treffen mit OVAG wegen möglicher Einbindung der Linie 626 aus dem ÖPNV
22.01.2018:	Letztes Treffen mit der Konzeptgruppe
06.02.2018:	Schulausschuss: Beratung und Beschlussempfehlung für den Rat am 27.02.2018 zur Ausschreibung der Schülerbeförderung
27.02.2018:	Beschlussfassung im Rat zur Ausschreibung der Schülerbeförderung
Anfang März 2018:	Beginn der Ausschreibung
Anfang April 2018:	Submission – Hat sich ein geeigneter Bewerber gefunden?
Mitte April 2018:	Ergebnisvorstellung im Schulausschuss
24.04.2018:	Beschlussfassung über neuen Vertrag (sofern ein Anbieter gefunden worden ist)

Die Änderung der Schülerbeförderung zum Schuljahr 2018/2019 kann nur unter der Voraussetzung eingehalten werden, dass ein passender Anbieter in der Ausschreibung gefunden wird. Aufgrund dieses Risikos bittet Herr Funke zu beschließen, dass die Kündigung des Vertrages mit der OVAG zwar bereits jetzt erfolgen soll, jedoch mit Wirkung zum 31.07.2019.

Im Zuge der folgenden angeregten Diskussion stellt sich heraus, dass alle Fraktionen die Kündigung des Vertrages beschließen wollen, dass jedoch Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen und kein weiterer Druck auf die Verwaltung ausgeübt werden sollte. Insbesondere sollen verschiedene Konzepte entwickelt und geprüft werden, die durchaus auch in mehreren Schulausschusssitzungen beraten werden sollen.

Frau Ebbinghaus beantragt zur Geschäftsordnung, über den Antrag der AL-Fraktion abzustimmen.

In der nächsten Schulausschusssitzung werden Konzepte vorgestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt den Bürgermeister, den Vertrag zur Schülerbeförderung aus dem Jahr 1990 einschließlich aller Nebenabsprachen und später vereinbarten Aktualisierungen zum 31.07.2019 zu kündigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17.9. Haushalt 2018 und Haushalts sicherungskonzept

BV/0513/2017/1

Nach Klärung der missverständlichen Überschrift der Vorlage aus dem Schulausschuss, erläutert Herr Nipken, dass die Veränderung im Haushaltsplanentwurf vorgesehen ist. Zusätzlich wird vom Schulausschuss die inhaltliche Prüfung gefordert.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die in den Zuständigkeitsbereich des Schulausschusses fallenden Haushaltsansätze einschließlich der Veränderung von 27.850,- € lt. Veränderungsliste an. Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, die Vergabe für diese zusätzliche Beratungsleistungen inhaltlich nochmal zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Ullmann, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Dr. Michalides)

17.10. Haushaltsbegleitantrag Laubengänge/Toiletten GGS Bergerhof (Antrag der UWG-Fraktion vom 12.12.2017)

Herr Hoffmann begründet den Antrag auf Vorziehen der Haushaltsposition aus 2019 in das Jahr 2018.

Herr Müller korrigiert seine Aussage aus der Schulausschusssitzung; nach Rücksprache mit der Schulleitung sind die Toilettenanlagen in einem an ihrem Alter gemessenen guten Zustand, auch der Zustand der Laubengänge erlaubt eine Sanierung erst im Jahr 2019.

Beschluss:

Die im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 geplante Sanierungsmaßnahme der überdachten Laubengänge für die GGS Bergerhof wird in das Jahr 2018 vorgezogen. Im Rahmen dieser Umsetzung sollen auch die Toilettenanlagen der GGS Bergerhof saniert werden.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (4 UWG, 2 CDU)
30 Nein-Stimmen (11 CDU, 8 SPD, 3 Grüne, 1 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, 1 RUA, Dr. Michalides, Bürgermeister)
4 Enthaltungen (1 CDU, 1 AL, 1 RUA, Ullmann)

17.11. Haushaltsbegleitantrag WLAN in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden (Antrag der UWG-Fraktion vom 12.12.2017)

Herr Mans erläutert, dass in einem Stufenkonzept die Immobilien der Stadt mit WLAN ausgestattet werden.

Herr Hoffmann betont, dass es sich um einen Impulsantrag handelt; er bedankt sich für die bereits stattfindende Umsetzung.

Da die Verwaltung signalisiert hat, dass eine Umsetzung erfolgt, zieht er den Antrag zurück.

Frau Ebbinghaus ist über die Priorisierung im Vergleich zur Ausstattung der Schulen verwundert.

17.12. Veränderungen zur Vorlage Haushalt 2018 einschl. Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 (BV/0510/2017)

Zugehörig zu TOP 17.

17.13. Haushaltsbegleitantrag Psychologische Beratung (Antrag der AL-Fraktion vom 02.12.2017) AN/0205/2017

Nach kurzer Diskussion erklärt der Bürgermeister den Antrag für erledigt, da der entsprechende Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk versehen ist, den der Jugendhilfeausschuss autark aufheben kann.

17.14. Haushaltsbegleitantrag Mittelabfluss (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) AN/0204/2017

Herr Stark erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und verändert die Prozentangabe auf 10%.

Herr Mans erkennt das Grundproblem des Controllings an; Herr Volker Uellenberg fragt nach, ob sich der Antrag nur auf Investitionen bezieht. Er führt aus, dass, falls sich der Antrag auch auf den Ergebnishaushalt bezieht, z.B. noch heute im Dezember eine solche Liste 95 % der Ansätze aufführen würde.

Herr Stark beschränkt die Liste auf die großen Investitionsblöcke.

Frau Pizzato schlägt vor, dann quartalsweise zu überprüfen.

Herr Volker Uellenberg erläutert, dass neue Investitionsmaßnahmen erst nach Genehmigung des Haushalts begonnen werden können, so dass voraussichtlich am 15.9. eines Jahres große Abweichungen zum Ansatz festzustellen sind; bei Fortführungsmaßnahmen stellt sich dies anders dar. Eine entsprechende Liste kann jederzeit erstellt werden.

Der Bürgermeister schlägt vor, das Verfahren im Investitionsbereich zunächst für ein Jahr zu praktizieren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, künftig über alle Einnahmen- und Ausgabenansätze des städtischen Haushaltes, bei denen der Mittelabfluss um mehr als 10 Prozent von der Veranschlagung abweicht, zum 15.09. eines jeden Jahres im Rat zu berichten. Dies gilt auch für Maßnahmen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen worden sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17.15. Haushaltsbegleitantrag Erläuterungen zu Abweichungen AN/0195/2017 im Haushalt (Antrag der AL-Fraktion vom 30.11.2017)

Herr Ebbinghaus begründet den Antrag der AL-Fraktion mit dem Wunsch nach mehr Transparenz in der Haushaltsplanung. Ihm ist bewusst, dass hier zusätzliche Arbeitsleistungen entstehen, erhofft sich aber ein kritisches Hinterfragen von starken Schwankungen bei wiederkehrenden Ausgaben.

Herr Volker Uellenberg weist darauf hin, dass im Bereich der Abschreibungen starke Schwankungen möglich sind, die nicht geplant werden können.

Herr Hoffmann erkundigt sich nach dem möglichen Aufwand; seiner Fraktion genügen die Erläuterungen durch Kämmerer und Kämmerereileiter in den Haushaltsplanberatungen.

Herr Nipken schlägt vor, evtl. einen absoluten Betrag statt der Prozentangabe festzulegen.

Herr Volker Uellenberg erwartet einen enormen Aufwand, zumal das Zeitfenster zwischen erstem Planentwurfdruck und Beschluss sehr klein ist. Auf Frau Ebbinghaus' Einwand, dass dies früher geleistet wurde, erläutert er, dass der frühere kamerale Haushalt in keinsten Weise mit dem NKF-Haushalt vergleichbar ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, zukünftig Abweichungen von $\leq / \geq 20$ % der aktuellen Haushaltsansätze gegenüber den Ansätzen des Vorjahres bzw. gegenüber dem Ergebnis des vorletzten Jahres im Haushaltsplan zu erläutern.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 AL, Ullmann)
37 Nein-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP,
2 proDeutschland, 2 RUA, Dr. Michalides, Bürgermeister)

17.16. Haushaltsbegleitantrag Personalentwicklung (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017)

Herr Stark erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Ein Personalentwicklungskonzept ist in seinen Augen nicht nur ein Informationsmittel der Politik, sondern auch ein Unterstützungsmittel der Verwaltung, das es ermöglicht, das Leistungs- und Lernpotential von Mitarbeiter/innen zu erkennen und zu erhalten und eine entsprechende Verwendungsplanung vorzunehmen. Gleichzeitig entsteht ein Steuerungsinstrument mit unmittelbaren Bezügen zur Organisationsentwicklung und Stellenbewirtschaftung.

Herr Steinmüller weist darauf hin, dass das Personalentwicklungskonzept einer der noch offenen Punkte aus dem GPA-Bericht 2015 ist. Er plädiert für die Umsetzung.

Der Bürgermeister spricht sich grundsätzlich dafür aus, verweist aber auch darauf, dass hierfür entsprechende Personalressourcen vorhanden sein müssen, was derzeit kritisch zu sehen ist.

Herr Barg begrüßt den Antrag grundsätzlich, sieht aber die Priorität bei einem Stadtentwicklungskonzept, um zunächst die Verwaltungsaufgaben davon abzuleiten und daran anschließend den Personalbedarf zu entwickeln.

Herr Ebbinghaus verweist darauf, dass die Aufgabe bekannt ist; letztmalig wurde im Rechnungsprüfungsausschuss darauf hingewiesen. Er hält daher eine Abstimmung für obsolet.

Für Herrn Lorenz klingt der Antrag nach Einführung eines Personalmanagementsystems, das in den großen Firmen bereits auf dem Rückzug ist. Grundsätzlich begrüßt er die Personalentwicklung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Hiermit soll eine zukunftsweisende und erfolgreiche Personalentwicklung gesichert werden. Anhand dieser Leitlinie sollen die Aufgaben der Verwaltung unter Berücksichtigung von sozialen Parametern auf einem gesicherten qualitativen Standard serviceorientiert und zielorientiert wahrgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
8 Nein-Stimmen (2 AL, 2 FDP, 2 RUA, 2 fraktionslos)
3 Enthaltungen (Grüne)

17.17. Klimaschutz hier: Aktualisierung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für Radevormwald BV/0522/2017

Der Bürgermeister führt aus, dass finanzielle Mittel noch aus dem Haushalt 2017 zur Verfügung stehen.

Herrn Röhligs Nachfrage bzgl. einer gesetzlichen Verpflichtung zur Aktualisierung verneint Herr Klein. Er verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Er betont nochmals die Notwendigkeit einer Aktualisierung für die mögliche Förderung der Stelle für Klimaschutzmanagement.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Aktualisierung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für Radevormwald aus dem Jahre 2013 und beauftragt die Verwaltung, diese öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 proDeutschland, 1 RUA, Bürgermeister)
5 Nein-Stimmen (2 FDP, 1 RUA, 2 fraktionslos)

17.18. Haushaltsbegleit Antrag Bürgerhaus (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) AN/0199/2017

Herr Stark führt zum Antrag aus, dass einerseits überlegt werden soll, wie das Bürgerhaus attraktiver werden kann und welche Maßnahmen dazu erforderlich sind; andererseits sollen Überlegungen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit in Form der Nutzung durch Externe erfolgen.

Herr Fischer weist darauf hin, dass dies ja im Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr bereits thematisiert wurde.

Herr Funke führt hierzu aus, dass im vorletzten Ausschuss die Aufstellung eines neuen Nutzungskonzeptes angesprochen wurde, wobei die Wirtschaftlichkeit noch nicht mit einbezogen wurde. Ideen werden gern entgegengenommen.

Herr Stark ist sehr gespannt auf dieses Konzept; der Antrag entfällt mithin.

17.19. Haushaltsbegleitantrag Mehrgenerationen-Wohnen (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) AN/0200/2017

Herr Müller erläutert die zurückliegenden Diskussionen; vorgesehen war das alte Schulgelände Blumenstraße. Das Projekt wurde aufgrund der Flüchtlingssituation aufgegeben. Jetzt soll ein neuer Anlauf im Bereich Innenstadt West und im Neubaugebiet Karthausen unternommen werden.

Herr Klein bestätigt die Planung Blumenstraße. Im Bereich Innenstadt West sieht er wenig Möglichkeiten, da die Stadt nicht Eigentümer ist, in Karthausen sind vielleicht beim Verkauf Vorgaben möglich. Planungsrechtlich besteht keine Möglichkeit.

Herr Ebbinghaus sieht die rechtlichen Schwierigkeiten und würde im Beschluss die Verwaltung auffordern, initiativ zu werden.

Herr Barg begrüßt dies als städtische Zukunftsplanung. Er bittet, im Zusammenhang mit der Regionale 2025 um Prüfung der Fördermöglichkeiten. Es muss ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, da auch die Infrastruktur angepasst sein muss.

Herr Hoffmann sieht die Problematik der Suche nach einem Investor. Grundsätzlich begrüßt er dieses Thema.

Der Bürgermeister möchte einen Träger finden.

Herr Busch sieht das Thema im Demografieausschuss, der in seiner nächsten Sitzung voraussichtlich den Wohnungsmarktbericht beraten wird.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

17.20. Haushaltsbegleitantrag Sozialer Wohnungsbau (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017) AN/0201/2017

Herr Stark erläutert den Antrag.

Herr Ullmann sieht Probleme bei der Umsetzung in die Realität, da in Radevormwald in den neuen Baugebieten vorwiegend Einfamilienhäuser vorgesehen waren und sind.

Herr Klein führt aus, dass in Bebauungsplänen auch der soziale Wohnungsbau nicht deziert ausweisbar ist. Ein Bedarf besteht aber, insbesondere vor dem Hintergrund, dass 2021 zahlreiche Mietwohnungen aus der Bindung des sozialen Wohnungsbaus fallen.

Wenn Gelder aus Landesförderung ausgeschüttet werden, sollte Radevormwald versuchen zu partizipieren.

Im Zuge der Planungen für das Neubaugebiet Karthausen wird sich die Art der Bebauung (z.B. Mehrfamilienhäuser) herausstellen.

Herr Müller ergänzt, dass grundsätzlich auch Altbauten umgewidmet werden könnten.

Herr Ebbinghaus hält das Thema für wichtig, sieht aber ebenfalls Schwierigkeiten bei der Realisierung. Die jetzige Marktsituation ist schwierig, so dass evtl. überlegt werden muss, ob die Stadt selber sozialen Wohnungsbau vornimmt.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass in Radevormwald genügend Leerstand existiert, er möchte diesen mit in den Beschluss aufnehmen.

Herr Barg sieht als Ziel auch, für die Bürger/innen innenstadtnah bezahlbaren Wohnraum vorzuhalten.

Daraufhin erweitert Herr Stark den Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete und auch beim Altwohnbestand ist den Bedürfnissen des Sozialen Wohnungsbaus künftig mehr Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund spricht sich der Rat der Stadt dafür aus, bei den neu zu planenden Wohneinheiten auch ausreichend Wohnraum für Soziale Wohnungen vorzusehen.

Die Verwaltung wird gleichzeitig beauftragt, bauwillige Bürger in diesem Sinne zu beraten und zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Bornewasser erkundigt sich, ob der fehlende Beschluss des Jugendhilfeausschusses die Beschlussfassung des Rates zum Haushalt beeinträchtigt.

Dies wird vom Bürgermeister verneint; hierzu wurde der Städte- und Gemeindebund beteiligt.

Pause: 19.40 Uhr bis 19.55 Uhr

Anschließend werden die Haushaltsreden vorgetragen:

Herr Busch, CDU

Herr Stark, SPD

Herr Hoffmann, UWG

Frau Pech-Büttner, Bündnis90/Die Grünen

Herr Ebbinghaus, AL

Frau Pizzato, FDP

Herr Lorenz, RUA

Herr Schäfer, proDeutschland

Herr Ullmann, fraktionslos

Dr. Michalides, fraktionslos

17.21. Haushaltsbegleit Antrag Begegnungshaus (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2017)

AN/0202/2017

Der Antrag wird zurückgezogen.

18. Verbesserung des Breitbandausbaus**BV/0497/2017**

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage und trägt den modifizierten Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Breitbandversorgung in Radevormwald soll verbessert werden. Der noch zu erstellende Masterplan für 2017 wird dem Rat der Stadt vorgestellt.

Die Stadt Radevormwald stimmt einem entsprechenden Förderantrag auf Basis der Sachverhaltsschilderung gemäß den Richtlinien „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ auf der Basis der Antragstellung vom 29.09.2017 unter Einbindung der Kofinanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen zu. Eine Eigenbeteiligung für die Stadt Radevormwald entfällt wegen der entlastenden Eigenschaft einer finanzschwachen Kommune. Darüber hinaus wird einer Berücksichtigung der Mittel in Höhe von 7.023.000,-- € für den Haushalt 2018 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL,
2 FDP, 2 proDeutschland, Ullmann, Bürgermeister)
2 Enthaltungen (RUA, Dr. Michalides)

**19. Aktuelle Situation hinsichtlich Asylsuchender/von
Flüchtlingen/unbegleiteten Minderjährigen (Antrag der
CDU-Fraktion vom 18.11.2017)****AN/0187/2017**

Herr Grossmann erläutert, dass die Stadt Radevormwald derzeit 13 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge betreut, davon einen in Wuppertal. Letzterer überschreitet die Aufnahmekapazität der Einrichtung des Roten Kreuzes, daher wurde eine andere Unterbringungsmöglichkeit gesucht, die mit höherem Aufwand u.a. durch die zusätzlichen Wege der Mitarbeiter/innen des Jugendamtes verbunden ist. Insgesamt ist es im Laufe des Jahres zu 12 Austauschungen gekommen, 6 Jugendliche wurden an das Sozialamt abgegeben, 6 weitere sind abgängig.

Herr Ebbinghaus erfragt die Kosten der Unterbringung in Wuppertal im Vergleich zu denen in Radevormwald. Hierzu führt Herr Grossmann aus, dass der in Wuppertal untergebrachte Jugendliche derzeit verselbständigt wird mit eigener Wohnung und Betreuung. Die Einrichtungsunterbringung kostete in Wuppertal 248 € täglich im Vergleich zu 202 € in Radevormwald.

Dr. Weber erkundigt sich nach der Integration der jungen Menschen. Herr Grossmann weiß von Engagement im sportlichen Bereich (Verein, Fitnessstudio) und von 3, die eine Ausbildung machen.

Auf Nachfrage von Herrn Vujinovic erklärt Herr Grossmann, dass Neuzuweisungen innerhalb von 5 Tagen erfolgen.

Zu den Kosten erläutert er auf Nachfrage von Herr Schäfer, dass das ursprüngliche Konzept mit dem Sicherheitsdienst teurer als die heutige Einrichtung in Trägerschaft eines sozialen Trägers war, was auch auf die höhere Kapazität (früher 9, heute 12 Plätze) zurückzuführen ist. Eine Kostenerstattung durch das Land erfolgt nur bei Erstzuweisung.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt, ab sofort in jeder Ratssitzung eine kurze Information darüber zu erhalten, wie die aktuelle Situation hinsichtlich Asylsuchender/von Flüchtlingen/unbegleiteten Minderjährigen ist.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL,
2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Ullmann)
1 Enthaltung (RUA)

20. Sachstandsbericht Asyl

Herr Grossmann berichtet an Stelle von Frau Schröder:
Derzeit werden 159 Personen betreut, 42 sind in Unterküften untergebracht, 117 in Wohnungen. Es befinden sich 43 Kinder unter 18 Jahren darunter. Es sind keine Neuzuweisungen angekündigt außer anerkannten Asylanten, die jedoch in den Bereich des Ordnungsamtes (Obdachlose) fallen werden.

21. Prüfung des Jahresabschlusses 2016**BV/0493/2017/1**

Herr Steinmüller führt die Vorlage aus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt

- a) stellt den Jahresabschluss 2016 fest:

Bilanzsumme der Schlussbilanz:	168.401.992,08 Euro
Eigenkapital:	30.854.334,37 Euro

- b) beschließt, den Jahresfehlbetrag 637.975,44 Euro
der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen,

- c) beschließt, dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (ohne Beteiligung des Bürgermeisters)

22. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0467/2017

Herr Ebbinghaus ist über Ziffer 3 verwundert, da die Sportanlage Schulzentrum längst fertig gestellt ist. Hierzu erläutern Herr Volker Uellenberg und Herr Dippel, dass Erdreich gelagert werden musste und Gutachterkosten angefallen sind. Das Erdreich wurde erst jetzt abgefahren, nachdem Nachbesserungsarbeiten erfolgt sind. Trotz dieser überplanmäßigen Ausgabe (Überschreitung der Ermächtigungsübertragung) bleibt die Baumaßnahme im Budget.

Frau Pech-Büttner erkundigt sich nach der Überschreitung der Portokosten (Ziffer 7). Hier sind die Wahlen ursächlich.

Herr Ebbinghaus bittet um Erläuterung zu Ziffer 15, da ja eben erst der Beschluss für die Maßnahme Sanierung Einleitungsstelle Festplatz gefasst wurde. Herr Dippel erklärt, dass gegenüber der Kostenschätzung jetzt eine Kostenberechnung vorliegt, die um 30.000 € höher liegt.

Zu Ziffer 17 führt Herr Volker Uellenberg aus, dass im Rahmen der Kulturförderung Miete für die Räume der Bismarck-Zweiräder-Ausstellung gezahlt wurde.

23. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW **BV/0381/2016/7**

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung über die Mehrkosten beim Umbau des Untergeschosses GGS Stadt zur Kita.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

24. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Frau Kötter teilt für die SPD-Fraktion folgende Änderungen mit:

Beirat der Förderschule Nord

Annette Verhees als ordentliches Mitglied für das ausgeschiedene Mitglied Björn Rimroth
Petra Pfeiffer als persönliche Vertreterin

Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen

Roland Golata als ordentliches Mitglied für das ausgeschiedene Mitglied Hans Golombek

Beschluss:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat der Stadt die vorgenannten Ausschussbesetzungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister teilt mit, dass nach Abschluss des Vergleiches „Wülfing“ nun in den entsprechenden Ausschüssen das weitere Vorgehen bei der Sanierung beschlossen werden wird.

Frau Bartholomäus erkundigt sich aufgrund der in der letzten Woche vorgekommenen Einbrüche in der Kaiserstraße nach den Möglichkeiten der Stadt Radevormwald.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Verwaltung in engem Austausch mit dem Landrat steht. Statistisch betrachtet ist der Oberbergische Kreis ein sehr sicherer Kreis.

Herr Müller erfragt die Sicherheitsmaßnahmen für den Radevormwalder Weihnachtsmarkt.

Herr Knorz führt aus, dass glücklicherweise der hiesige Weihnachtsmarkt nicht als Zielort eingeschätzt wird. Trotzdem werden wie bei anderen Veranstaltungen die Standardmaßnahmen (mobile Barrikaden durch Fahrzeuge) ergriffen.

Herr Ullmann erkundigt sich nach seiner Anfrage aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Eine Antwort des Städte- und Gemeindebundes liegt noch nicht vor.

Anmerkung der Verwaltung:

Zwischenzeitlich liegt die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zu dieser Frage vor:

„Die Auflösung der Partei „pro Deutschland“ hat keine Auswirkungen auf den Rat bzw. die ehemaligen Parteimitglieder, die Mitglied des Rates sind.

Vielmehr behalten die Ratsmitglieder der ehemaligen Partei „pro Deutschland“ – unabhängig von ihrem Parteistatus – ihre gewählten Mandate. Dasselbe gilt für sachkundige Bürger/innen. Ebenso ist weder der Sitz im Ausschuss noch das Stimmrecht an den jeweiligen Fraktions-/Parteistatus gebunden. Wenn zu Beginn der Wahlperiode im Rahmen eines einheitlichen Wahlvorschlags die Ratsmitglieder in die Ausschüsse gewählt wurden, bleiben sie dort solange, bis sie aus dem jeweiligen Ausschuss zurücktreten.“

Auf Nachfrage Herrn Müllers zum Brandschutzbedarfsplan erläutert der Bürgermeister, dass im letzten Ältestenrat als Zwischenbericht mitgeteilt wurde, dass voraussichtlich bis zum Jahresende alle Daten zusammengetragen sind und mit der Bezirksregierung in den ersten Monaten 2018 Klärungsgespräche stattfinden sollen.

Ende des öffentlichen Teils: 21.30 Uhr

Johannes Mans
Vorsitzender

Katja Oelschläger
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter